

Politischer Handlungsbedarf aus Sicht der Weiterbildungsanbieter

- Ergebnisse des **wbmonitor** 2007 und 2008 -

Weiterbildungsanbieter erwarten nicht nur moralische Unterstützung durch die Politik bei der Wertschätzung von Weiterbildung, sondern dass den Bekundungen auch konkretes Handeln folgt. Dazu gehört aus ihrer Sicht ein erhöhtes Verantwortungsbewusstsein der Kommunen und Länder für mehr Planungssicherheit in der Weiterbildung. Hürden seien aus dem Weg zu räumen durch Bürokratieabbau sowie Klarheit der Regelwerke und Vergabepraktiken. Eine gesetzliche Verankerung des Rechts auf Weiterbildung und eine (Mit-)Finanzierung würden dazu beitragen, die Teilnahme spezieller Zielgruppen und die Entwicklung spezieller Angebotsformen zu erleichtern und die Lehrenden angemessen bezahlen zu können.

Die Umfragen des **wbmonitor** 2007 und 2008 ermöglichten den Anbietern, sich mit eigenen Worten zu äußern zu dem aus ihrer Sicht bestehenden politischen Handlungsbedarf bzw. zu Problemen, die **wbmonitor** näher beleuchten sollte. Zur Bündelung und Strukturierung der jeweils über tausend Aussagen von rund 700 teilnehmenden Einrichtungen wurde ein eigenes Kategoriensystem erarbeitet.

Die freien Antworten bestätigen das Bild der statistischen Analysen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage und den Erwartungen der Weiterbildungsanbieter zur Entwicklung im laufenden Jahr (siehe www.wbmonitor.de). Die niedrigsten Werte bei Lage und Erwartung erreichen Anbieter, die von der Förderung durch die öffentliche Hand abhängig sind. Die meisten freien Antworten betreffen denn auch die **Finanzierung** durch die **öffentliche Hand**. Eine Erhöhung der Mittel für die Weiterbildung und die Schaffung einer soliden Grundförderung stehen als Erwartung an die Politik an erster Stelle. Damit würde zum einen die Motivation zum lebenslangen Lernen gestärkt, zum anderen wird dies für notwendig erachtet, um Angebote für spezielle Zielgruppen wie z.B. Familien und Auszubildende, spezielle Angebotsformen wie z.B. E-Learning oder um spezielle Bildungsbereiche wie z.B. Pflege entwickeln und durchführen zu können. Auch zur Förderpolitik der **Bundesagentur für Arbeit** liegen zahlreiche Stellungnahmen vor. So sollten die Qualifizierung von Arbeitslosen mehr an dem Kriterium der Nachhaltigkeit ausgerichtet und wieder verstärkt längerfristige Umschulungen und Aufstiegsfortbildungen zugelassen werden. Gewünscht werden mehr Transparenz bei Zielen und Mitteleinsatz sowie eine intensivere Qualitätssicherung der geförderten Maßnahmen.

An zweiter Stelle stehen Äußerungen zu allgemeinen **Rahmenbedingungen in der Weiterbildung**. Bürokratieabbau z.B. bei den Förderrichtlinien des europäischen Sozialfonds (ESF) und bei der Bundesagentur für Arbeit, faire Wettbewerbsbedingungen und Planungssicherheit sowie Spielraum zu innovativem Handeln stehen hier ganz oben.

An dritter Stelle folgen **bildungspolitische Vorschläge**, die darauf abzielen, den Stellenwert der Weiterbildung und die Teilnahmemotivation zu stärken. An konkreten Maßnahmen werden genannt die gesetzliche Verankerung eines Rechts auf Weiterbildung, mehr Standards, die eine bundesweite oder internationale Anerkennung erworbener Qualifikationen erleichtern und die Durchlässigkeit zwischen Bildungsbereichen erhöhen.

Die Liste der genannten Aspekte finden Sie auf der folgenden Seite.

wbmonitor ist eine gemeinsame Initiative des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung e.V. – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE). Zusätzliche Informationen finden Sie unter www.wbmonitor.de.

Kontakt:

► Dr. Gisela Feller
Bundesinstitut für Berufsbildung
feller@bibb.de
Tel. 0228 107 1124

► Ingrid Ambos
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e.V.
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen
ambos@die-bonn.de
Tel. 0228 3294 134

Kategorisierte Antworten zum politischen Handlungsbedarf		Anzahl
(1250 Aussagen von 669 Umfrageteilnehmer/inne/n; Mehrfachzuordnungen insgesamt: 1369)		
Forderungen an die Politik	Summe	586
Allgemeine Rahmenbedingungen	Teilsumme	323
Abbau bürokratischer Hürden (ESF,BA, WB-Förderung)		42
moralisches Handeln, politisches Bewusstsein		39
Planungssicherheit		37
Ausschreibungspraxis vereinfachen/ transparenter machen		36
Beseitigung des Lohndumpings		32
Verbesserung der Informationspolitik		30
Verantwortungsbewusstsein von Kommunen/Ländern erhöhen		29
Forderung nach mehr Handlungsfreiheit		21
gleicher Wettbewerb für alle		16
Verbesserte Bedingungen arbeitsmarkt-politischer Instrumente		13
verstärkte Kooperation (z.B. Politik, Wirtschaft, WB)		12
Bedeutung der allg. Weiterbildung erhöhen		8
Optimierung der (zeitlichen) Mittelvergabe		8
Konkrete Bildungspolitische Vorstellungen	Teilsumme	263
Erhöhung des Stellenwertes von Weiterbildung		38
Förderrichtlinien für spezielle Bereiche (LLL,Pflege etc.)		37
Stärkung der Weiterbildungsmotivation		31
gesetzliche Verankerung des Rechts auf Weiterbildung		26
einheitliche Standards/ Internationalisierung		25
Anerkennung von Qualifikationen erleichtern/ermöglichen		23
Klare Förderrichtlinien		22
Bundeseinheitliche Regelungen		21
Durchlässigkeit erhöhen		14
Erhalt des dualen Systems		9
stärkere Unterstützung regionaler Bildungseinrichtungen		7
gewerkschaftliche Vertretung, insb. freie Trainer		5
Schaffung neuer Berufsbilder		2
Reduzierung der Berufe		2
Eindämmung der Weiterbildungsanbieterdichte		1
Finanzierung	Summe	654
durch die öffentliche Hand	Teilsumme	518
Erhöhung der finanziellen Mittel		109
Förderung spezieller Zielgruppen (Familien, Auszubildende z.B.)		76
Förderung von speziellen Angeboten (elearning z.B.) erhöhen		70
Schaffung einer langfristigen, soliden Grundförderung		66
Förderung Berufstätiger/ Unternehmen erhöhen		57
Förderung beruflicher Weiterbildung erhöhen		52
Förderung der allgemeinen Weiterbildung erhöhen		44
Neuregelung der Finanzierung		18
Förderung der Volkshochschulen erhöhen		12
Investition in abschlussorientierte WB-Maßnahmen		10
Investitionszuschüsse in betriebsnahe Bildungsdienstleister		3
Förderung wissenschaftlicher Weiterbildung erhöhen		1
durch die BA	Teilsumme	110
Förderung von Umschulungs-/ Aufstiegsweiterbildung		52
Nachhaltige Qualifizierung von (Langzeit-) Arbeitslosen		40
gezielte Einsetzung der Mittel/ Transparenz		18
durch die Wirtschaft	Teilsumme	26
Verpflichtung zur beruflichen Weiterbildung		15
Tarifliche Voraussetzungen schaffen		11
Qualitätssicherung	Summe	111
Verbesserung personeller, sächlicher Ausstattung		18
Abschaffung von Qualitätssertifizierungen		9
durch die BA (allgemein)		42
Einführung eines Qualitätsmanagementsystems		24
Überprüfung des Fördermitteleinsatzes/der Anbieter		18
Keine Forderungen an die Politik	Summe	18